



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/191 - 21. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 12 21-33

Fernschreiber 0 888 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Amerikanisch-russisches Zusammenspiel?	S. 1
Die tiefere Bedeutung von Stevensons Sieg	S. 3
Ein Knigge für sowjetzonale Propagandisten	S. 4
Geist der "Soldatenzeitung" und Bundeswehr	S. 6
Im Bergheim Hörste im Lipperland	S. 7

Das eigentlich Neue auf der Londoner Konferenz

PR. Nach den Erklärungen von Montag hat sich der Eindruck bestätigt, dass man sich auf dem Wege zu einem Kompromiss im Suez-Kanal-Konflikt befindet, so mühsam er sein mag und obwohl Dulles und Menon kontroverse Pläne vorgelegt haben. Schepilow hatte am Montag nicht das Wort genommen, die Rolle des Anwaltes Ägyptens, wenn auch im Gewande des Vermittlers, hatte der indische Chefdelegierte übernommen, wobei es freilich sicher ist, dass zwischen seinem Standpunkt und den Auffassungen des russischen Aussenministers keine wesentlichen Unterschiede bestehen. Schepilow selbst hatte dafür am Montag die dritte Unterredung mit Dulles, die erste allein hatte fast 1 1/2 Stunden gedauert.

Auf die Einzelheiten des amerikanischen und des indischen Vorschlages soll hier nicht näher eingegangen werden, wohl aber auf die eigentliche Grundlage des wahrscheinlicher Kompromisses, das sicher erst auf einer weiteren Konferenz endgültig beraten werden könnte. Diese Grundlage ist das ganz ungewöhnliche und neuartige Zusammenspiel der Amerikaner und Sowjetrussen auf einer grossen internationalen Konferenz. Denn davon kann man sprechen, auch wenn Mr. Dulles sich, wie niemand anders erwartet hatte, auf die Seite seiner europäischen Freunde stellte, der sowjetische Aussenminister stellvertretend die ägyptischen Interessen wahrnahm und dieser Umstand beide in ihrem öffentlichen Auftreten nicht

zu Partnern, sondern zu Gegenspielern machte.

Die grosse Frage ist, ob Washington und Moskau gewillt sind, mit der Lösung des Suez-Konfliktes ein Exempel praktischer Ko-Existenzpolitik zu statuieren, ob sie bei dieser Gelegenheit als die "Weltpolitisten" auftreten wollen, gegen deren Willen kein Entschluss von weltpolitischer Bedeutung gefasst und der Frieden nicht gestört werden kann. Dabei ist es durchaus möglich, dass Moskau Neigung hat, einen wirkungsvollen Schritt weiterzugehen und so zu taktieren, dass es schliesslich in der Rolle des Schiedsrichters dasteht.

Das amerikanische Streben nach Sicherung des Weltfriedens durch Einvernehmen mit der Sowjetunion sei nach Meinung amtlicher Bonner Stellen zum Scheitern verurteilt, hörte man dieser Tage. Der Konflikt um den Suezkanal sei geradezu ein klassisches Beispiel dafür, wie wenig zwei derartige Weltpolitisten bedrohliche lokale Spannungen verhindern könnten. Im Gegensatz zu dieser Auffassung scheint uns dieser Konflikt ein klassisches Beispiel gerade dafür zu sein, dass, wo lokale Störungen auch von so grossem internationalen Gewicht auftreten wie im vorliegenden Falle, ihre Verschärfung oder Entschärfung ganz entscheidend davon abhängt, wie die beiden heute massgebendsten Mächte sich verhalten. Alles andere ist im Vergleich dazu von nachgeordneter Bedeutung, weil es fast undenkbar ist, dass gegen den Willen dieser beiden Mächte, wenn er sich einmal vereint, eine wirklich wichtige Entscheidung fällt.

Solche Aspekte können sicher auch ihre beunruhigende Seite haben, zumal in Deutschland, dessen Spaltung, so fürchtet man vielfach, durch eine allzu weitgehende - und frühzeitige amerikanisch-sowjetische Vertretung für die Dauer besiegelt werden könnte. Gegen eine solche Entwicklung muss man mit dem Mittel einer entschlossenen rechtzeitigen Anmeldung und Vertretung der eigenen Interessen gegenüber beiden Seiten angehen. Zunächst einmal aber wäre eine fortschreitende "grosse Entspannung", wie sie sich auf der Londoner Suez-Konferenz zwischen dem Osten und dem Westen abzuzeichnen scheint, ein Gewinn und keine Gefahr.

* * *

Ein Generationswechsel

Von unserem ständigen O.L.-Mitarbeiter in den USA.

Dass Stevenson der Kandidat der Demokraten in der Präsidentschaftskampagne sein werde, war seit einigen Monaten, nach seinem Sieg in der Primärwahl von Kalifornien, klar. Aber die Entwicklung in Chicago, vor und während der Tagung der Demokraten, hat seinem Sieg eine zum Teil gesteigerte, jedenfalls veränderte Bedeutung gegeben. Es war vor allem der Endkampf gegen Harriman und die Überwindung der von Ex-Präsident Truman überraschend aufgestellten Hürde, die es Stevenson nun ermöglicht, mit seiner zweiten Kandidatur eine neue Periode in der Geschichte und Entwicklung der Demokratischen Partei einzuleiten.

Harriman präsentierte sich als der orthodoxe Anhänger und Nachfolger des New Deal und Fair Deal. Darum wurde er von Truman unterstützt, der den Charakter der blossen Nachfolgenschaft unterstrich - zum Teil aus Gründen persönlichen Einflusses, den er auf Stevenson niemals, auch nicht im Jahre 1952, ausüben konnte, zum Teil aber auch, weil Truman die Politik der Roosevelt- und Truman-Ära zu verewigen suchte. Die Frage war: sollen die Demokraten mit dem Gedankengut der dreissiger Jahre, mit der blossen wiederholten Warnung vor der Wiederkehr der heute von vielen schon vergessenen grossen Krise der dreissiger Jahre ihren Kampf führen, oder sollen neue Gedanken, neue Männer und neue politische Methoden im Ringen der Demokraten um eine Rückkehr zur politischen Macht im Vordergrund stehen?

In diesem Kampf taucht nun Adlai Stevenson als der Führer der jüngeren Generation demokratischer Politiker in fast allen Teilen der Vereinigten Staaten auf. Für seinen Sieg war entscheidend, dass junge Gouverneure und Senatoren aus fast allen Teilen der Vereinigten Staaten, zum grossen Teil Männer, die erst nach der Niederlage des Jahres 1952 in das politische Rampenlicht traten, sich hinter Stevenson scharten und seine Kandidatur schliesslich zum Siege führten. Es sind fast ausschliesslich Männer, die unter dem New Deal und dem Fair Deal aufwuchsen, sich an die grosse Wirtschaftskrise nur aus traurigen Jugend- oder Kindheits-erlebnissen oder aus den Erzählungen ihrer Eltern erinnern können, die aus eigener Erfahrung nur mehr das neue, von Franklin Roosevelt geschaffene Amerika kennen und die nun ihre Politik an das Atom-, Automation- und Television-Zeitalter anzupassen suchen.

Dass sie auf einer neuen Grundlage aufbauen wollen, bedeutet nicht, dass sie sich nicht zur Vergangenheit, zu Roosevelts grossen Reformen, bekennen wollten. Aber die Vergangenheit allein genügt ihnen nicht. Es wird nun Stevensons grosse geschichtliche Gelegenheit sein, diese neue Politik der Demokraten in der Innen- wie der Aussenpolitik zu gestalten, ob er den Wahlkampf gegen Eisenhower gewinnt oder nicht. Denn gerade weil die Republikaner unter Eisenhower eine Reihe wichtiger Reformen der Demokraten der Roosevelt- und Truman-Periode wie selbstverständlich übernommen haben - worauf Stevenson in Chicago ironisch hinwies - ist es für die Demokraten doppelt notwendig, Neues vorzuschlagen und die Ent-

wicklung weiterzutreiben.

Die Errungenschaften der Vergangenheit weiterentwickeln

Obwohl Truman mit seiner nun von jedermann als politisch höchst unklug erachteten Propaganda für Harriman gewiss nicht beabsichtigte, Stevenson zu nützen, so hat er ihm doch einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Er hat ihn von der Last befreit, die Stevenson 1952 noch sehr bedrückte, nämlich von der Vorstellung, er werde nichts als eine Fortsetzung der Truman-Politik bringen. Nun ist Stevenson frei - nicht mehr ein von Truman ausgewählter Kandidat, sondern einer, der in hartem Kampf gegen beinahe alle früher einmal massgebenden Parteigenossen den Kampf um die Kandidatur gewonnen hat. Es war vielleicht eine der stärksten Momente auf dem Konvent, als Eleanor Roosevelt, wie Truman 72 Jahre alt, in ihrer Rede den Delegierten sagte, es komme nicht allein auf die Vergangenheit an, sondern darauf, die Errungenschaften der Vergangenheit durch Weiterentwicklung an die Gedanken der jüngeren Menschen anzuschließen.

Was kann, was wird diese neue Politik sein? Das ist die grosse Frage. Davon, ob Stevenson sie klar genug beantworten wird, mag Erfolg oder Niederlage in der Präsidentschaftskampagne abhängen. In der "Wahlplattform" der Demokraten selbst, also ihrem Programm, findet sich wenig Neues. Es gibt hier und dort Hinweise auf neue Möglichkeiten, so insbesondere auch in den Teilen über die Aussenpolitik, die, ohne es deutlich genug auszusprechen, von den Gedanken der Periode des Kalten Krieges weniger beeinflusst ist, als von dem Wunsch, die Amerika verlorengewonnenen Sympathien in der Welt, vor allem in Asien und Afrika, wieder zu gewinnen. Im Atombereich und in anderen Fragen wird eine Politik "nationaler", das heisst staatlicher Wirtschaftsführung verlangt. Das ist zwar nicht neu, aber angesichts der gerade auf diesen Gebieten von Eisenhower persönlich herbeigeführten privatkapitalistischen Restauration ein wichtiger Programmpunkt.

Aber das alles sind nur Teilaspekte. Entscheidend wird sein, wie weit es Stevenson gelingt, breitesten Schichten den Eindruck zu vermitteln, dass ein Generationswechsel in der Politik der Demokratischen Partei mit dem Konvent von Chicago und seinem, Stevensons, Sieg stattgefunden hat.

* * *

Aufklärer, benimm dich!

KJ. Wer sich in Mitteldeutschland nicht im Klaren darüber ist, was für eine Politik die Pankower Regierung macht, der kann in ein "Aufklärungslokal der Nationalen Front" gehen. Es gibt diese Einrichtungen in jeder Stadt und sogar schon in vielen Dörfern. Er erfährt dort einiges von der Schädlichkeit des Personenkults, von dem leidenschaftlichen Wiedervereinigungswillen des Herrn Ulbricht, von der Bedeutung des Nachdruschs bei allen Getreidearten und einer Übererfüllung des Eiersolls in der Landwirtschaft.

Die Menschen in der Zone haben aber begreiflicherweise herzlich

wenig Interesse an solcher Art von Aufklärung, die ihnen ohnehin tagtäglich von den Rundfunkstationen in die Ohren geschrien wird, die sie bis zum Erbrechen in den Zeitungen lesen und die ihnen von allen Plakaten und Normenerfüllungstafeln entgegenstarren. Die amtlich bestellten Aufklärer langweilen sich und ihre Lokale gähnen Leere. Diese allein vom SED-Staat sehr ernst genommene Einrichtung hat sich mittlerweile so lächerlich gemacht, dass selbst der "Eulenspiegel", der Zone einzige satirische Zeitschrift, die Angelegenheit auf die Hörner nahm. Da heisst es u.a. wörtlich:

"Charakteristisch für die offizielle sexuelle Aufklärung ist, dass sie meistens zu spät kommt. Darin hat sie vieles mit unserer politischen Aufklärung gemeinsam. Eine Abart der politischen Aufklärung zum Beispiel, die nationale Aufklärung, wird in besonders gekennzeichneten Lokalen ausgeübt, in denen amtliche Aufklärer ehrenamtliche Aufklärer darüber aufklären, was vor vierzehn Tagen in allen Zeitungen gestanden hat."

Dass der "Eulenspiegel" nicht die Einrichtung an sich angreift, muss man ihm verzeihen: soweit geht die Selbstkritik denn doch nicht... Die Menschen in der Zone brauchen sich um den Propagandabetrieb der Pankower Statthalter nicht weiter kümmern, gäbe es nicht jenes Heer von hausbesuchenden Aufklärern, die sich - ähnlich wie bei uns die Vertreter von "Verkaufsschlager" - die Türklinke in die Hand drücken. Diese "Ehrenamtlichen", meistens SED-Funktionäre, laufen in die Wohnungen der Bürger und dreschen mitleidlos die Phrasen der jeweils gerade opportunen Parteilinie. Was aber noch schlimmer ist: sie werben "Freiwillige" für alle möglichen unbesahlten Arbeiten - jetzt z.B. für die Einbringung der Ernte. Dass sie nebenher noch für den Staatssicherheitsdienst spitzeln, ist ein offenes Geheimnis und macht sie noch unbeliebter, als sie es ohnehin schon sind. Mancher Aufgeklärter hat seinen Aufklärer schon die Treppe hinuntergeworfen.

Um solche Peinlichkeiten künftig zu vermeiden, wurde kürzlich vom Hauptausschuss der "Nationalen Front" eine Art Knigge für die Propagandisten herausgegeben. Darin heisst es u.a.:

"Benimm dich nicht wie die Axt im Walde. Stell dich zunächst vor - der andere, dessen Namen du von Türschild her kennst, hat ein Recht darauf. Komme in einer halben Stunde wieder oder vereinbare überhaupt einen neuen Termin, wenn du siehst, dass du störst."

Schade nur, dass man über das Ganze nicht herzlich lachen kann! Unsere mitteldeutschen Landsleute leiden nämlich unter der Pankower Aufklärung wie anderwärts die Menschen unter einer Heuschreckenplage...

Uniformwechsel als Symptom

s. Das Bundesverteidigungsministerium hat sich nun doch entschlossen, die Uniformen der Bundeswehr abzuändern. Zunächst noch "probeweise", ohne Zweifel aber doch mit der Absicht einer späteren allgemeinen Umstellung auf die geänderte Uniform, sind einige der neuen Uniformen schon an die Truppe ausgegeben worden. Die Röcke ähneln dabei wieder mehr denen der früheren Wehrmacht: sie haben zwei Brusttaschen und an den Kragenecken die "traditionellen" Waffenfarben.

Das Ministerium liess versichern, die zweireihigen Röcke, die bisher ausgegeben worden waren, hätten "sich beim Sitzen nicht bewährt". Was damit die Änderung der Kragenspiegel zu tun hat, ist unerfindlich. In Wahrheit handelt es sich darum, dass das Ministerium vor der massiven Kritik der Soldatenverbände zurückgewichen ist. Hatte doch erst kürzlich die "Soldatenzeitung" die Verleihung eines kommunistischen Ordens an diejenigen vorgeschlagen, die die Bundeswehr-Uniformen entworfen haben: das war ein hässlicher Angriff auf den Bundespräsidenten, der damals schliesslich sein Placet zu den Entwürfen gegeben hat. Jetzt ist noch nichts darüber verlautet, ob der Bundespräsident die neuen Uniformen überhaupt noch billigen soll.

Doch ist dies nur ein Vorgang unter vielen anderen in der gleichen Richtung. Die Symptome häufen sich, dass in die Bundeswehr immer mehr vom alten Geist der Grossdeutschen Wehrmacht einzieht. So hat z.B. der Bundesverteidigungsminister eine Broschüre an die Offiziersbewerber verschickt, die diesen Geist nur schlecht verleugnen kann, in der gleich auf der ersten Seite sehr vorsichtig und fast verlegen von der "Auflösung der Wehrmacht" die Rede ist, dass diese Wehrmacht einen Krieg verloren hat und zer schlagen wurde, darf offenbar schon nicht mehr erwähnt werden. In der Broschüre werden auch die Fragen des Gehorsams ohne jeden Ausblick auf den 20. Juli und ausschliesslich im Sinne des "bedingungsloser" Gehorsams behandelt. Diese Broschüre ist aus dem Geist der "Soldatenzeitung" geschrieben, reaktionär und noch immer auf dem Vormarsch gen Osten - denn wann hätte die "Soldatenzeitung" über den Rückzug berichtet?

Die Öffentlichkeit beobachtet mit Sorge das Zurückweichen des Verteidigungsministers vor diesen Tendenzen.

Fest der Freundschaft

von Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB.

Der Bundestagsabgeordnete August Berlin hatte einen prachtvollen Gedanken, als er vor mehr als Jahresfrist die Anregung gab, die ganze SPD-Familie des Lipperlandes zu einem Festtag zusammenzuführen. Er nannte dieses Fest, das vor einiger Zeit zum zweiten Male gefeiert wurde, "Fest der Freundschaft". Im Berghain Hörste, einem wundervollen Erholungsheim der Gewerkschaft Druck und Papier, war der Treffpunkt der nach Tausenden zählenden Genossen, Freunde und Weggefährten, die, mit Bussen, auf Fahrrädern oder auf Wanderwegen eintrafen.

Die Stunden des Zusammenseins sind ausgefüllt von gemeinsamen Erinnerungen und Gesprächen, mit kulturellen Darbietungen und politischen Ansprachen. Selbstverständlich sind die Jugend ebenso wie die Kinder in den Kreis dieses Festes eingeschlossen. Volkstänze, Lieder und musikalische Vorträge der Jugendlichen, aus den Gruppen der Falken, der Naturfreunde und der sozialistischen Jugend wechseln einander ab, während die Kinder hunderte von Luftballonen zur Verfügung gestellt bekamen, die mit einer Karte versehen zur Eröffnung des Festes gemeinsam aufstiegen. Auch auf diesen Karten stand, was Inhalt und Geist dieser festlichen Zusammenkunft bestimmen soll: Freundschaft und Frieden umspanne die Welt!

Die Gestalter dieses Freundschaftsfestes sind von zwei Gedanken erfüllt. Zunächst einmal soll ein solcher Tag die menschlichen Bindungen der Parteiverbundenen und ihr nahestehenden Menschen festigen. Der Gedanke der Freundschaft soll aus der Verbundenheit mit dem Sozialismus Kraft für den Alltag und den politischen Kampf geben. Das scheint mir ein sehr bedeutsamer Gesichtspunkt zu sein, weil er zum Ausdruck bringt, dass die Mitglieder und Freunde unserer politischen Bewegung aus sozialistischer Gesinnung im Menschlichen verbunden sind. Zum andern aber soll dieser Tag den Gedanken der Freundschaft und des Friedens als politische Kraft im Blick auf alle Völker zur Darstellung bringen. Deswegen sind die politischen Ansprachen von Landtags- und Bundestagsabgeordneten eine feste Einrichtung bei diesem Fest. Ein Grusstelegramm Erich Ollenhauers unterstrich gerade diese politische Bedeutung und brachte zum Ausdruck, wie sehr gerade gegenwärtig das Ringen um die Erhaltung des Friedens in der Welt, und die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern auf dieser Erde das vorranglichste politische Gebot dieser Stunde ist.

Wir meinen, dass die Einrichtung dieses Festes der Freundschaft weiteren Kreisen bekannt werden sollte. Es könnte eine gute Sache für das lebendige Leben innerhalb der Partei werden, wenn Tage und Feste dieser Art in den verschiedensten Gebieten und Bezirken die Parteigenossen und die Freunde unserer Partei zu frohen und besinnlichen Stunden zusammenführen würden.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau